



## Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 17.10.05

Sitzungsort: Sitzungszimmer A 013

Beginn der Sitzung um 15.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 16.20 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

### Mitglieder:

<input checked="" type="checkbox"/>	Dahmen	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Hosmann	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Klug	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Küster	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Meeth	CDU
<input checked="" type="checkbox"/>	Poschmann	CDU
<input type="checkbox"/>	Berg	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Breu 2.stv.Vors.	SPD
<input type="checkbox"/>	Mengel	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	Schmitz, H.	bVb
<input checked="" type="checkbox"/>	vom Hagen	Grüne
<input type="checkbox"/>	Pitz	FDP

### Stellv.Mitglieder

<input type="checkbox"/>	1. Dr. Dahm	CDU
<input type="checkbox"/>	2. Gerharz F.-J.	CDU
<input type="checkbox"/>	3. Vogel	CDU
<input type="checkbox"/>	4. Stilz	CDU
<input type="checkbox"/>	5. Boley	CDU
<input type="checkbox"/>	6. Ehrenstein	CDU
<input type="checkbox"/>	7. Falkenstein	CDU
<input type="checkbox"/>	8. Fischer	CDU
<input type="checkbox"/>	9. Dr. Frantziach-Immenkeppel	CDU
<input type="checkbox"/>	10. Gerharz Th.	CDU
<input type="checkbox"/>	11. Hepp	CDU
<input type="checkbox"/>	12. Pohl	CDU
<input type="checkbox"/>	13. Pütz	CDU
<input type="checkbox"/>	14. Rau	CDU
<input type="checkbox"/>	15. Schumacher	CDU
<input type="checkbox"/>	16. Simons	CDU
<input type="checkbox"/>	17. Vetterling	CDU

**Schriftführerin:**  
M. Müller

### Stellv. Mitglieder:

<input type="checkbox"/>	1. Dr. Petran	SPD
<input type="checkbox"/>	2. Heck	SPD
<input type="checkbox"/>	3. Grafe	SPD
<input type="checkbox"/>	4. Dr. Conen	SPD
<input type="checkbox"/>	5. Jung	SPD
<input type="checkbox"/>	6. Reinkemeier	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	7. Salvador	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	8. Vilkman	SPD
<input type="checkbox"/>	9. Wehrhahn	SPD

### bVb

<input type="checkbox"/>	1. Brodüffel	bVb
<input type="checkbox"/>	2. Baule	bVb
<input type="checkbox"/>	3. Kiehnel	bVb
<input type="checkbox"/>	4. Mainzer	bVb
<input type="checkbox"/>	5. Müller	bVb

### Grüne

<input type="checkbox"/>	1. Bortlitz-Dickhoff	Grüne
<input type="checkbox"/>	2. Niclasen	Grüne
<input type="checkbox"/>	3. Schönhütte	Grüne
<input type="checkbox"/>	4. Weber	Grüne

### FDP

<input checked="" type="checkbox"/>	Brämer	FDP
-------------------------------------	--------	-----

### Verwaltung:

<input checked="" type="checkbox"/>	Kreuzberg (Bürgermeister)
<input checked="" type="checkbox"/>	Mues (1. Beigeordneter)
<input checked="" type="checkbox"/>	Brandt (Beigeordneter)
<input checked="" type="checkbox"/>	Freytag (Stadtkämmerer)
<input checked="" type="checkbox"/>	J.v. – Bothmer (GLB)
<input checked="" type="checkbox"/>	Schiffer (-01-)
<input checked="" type="checkbox"/>	Becke (FB 10)
<input checked="" type="checkbox"/>	Kuhl (FB 60)

A) Öffentlicher Teil	4
1. Niederschriften vom 29.8. und 19.9.05	4
2. Satzungen	4
2.1 Sondersatzung gem. § 4 Abs. 5 der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen	4
hier: Mühlenstraße zwischen Steinweg bis vor Mühlenstraße 59	4
Bezug: WA 3.3.05 und Vka 10.5.05	4
Vorlage-Nr. 245/79 y	4
2.2 Satzung über die Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Besuch des Max-Ernst-Kabinetts der Stadt Brühl	4
- Gebührensatzung Max-Ernst-Kabinetts	4
Vorlage-Nr. 120/80 bn	4
3. Mitteilung über weitergeleitete Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW	5
3.1 Probleme durch einen Straßenbaum	5
hier: Schreiben von Frau Cäcilie Krämer, Neue Bohle 13, Brühl, vom 19.9.05	5
Vorlage-Nr. 117/90 dm	5
4. Anträge	5
4.1 Graffiti-Gestaltung von Schaltschränken	5
hier: Antrag der bVb-Fraktion vom 29.9.05	5
Vorlage-Nr. 49/05	5
5. Job-Ticket-Vergabe 2006	6
hier: Anpassung an die neuen VRS-Tarife	6
Bezug: HA 19.9.05	6
Vorlage-Nr. 118/92 q und 118/92 r	6
6. Beratung des Haushaltsplanes 2005	7
Bezug: Rat 12.9.05 und HA 19.9.05	7
- Vorlage-Nr. 33/05 a -	7
6.1 Beantwortung von Fragen und 1. verwaltungsseitige Fortschreibung	7
Vorlage-Nr. 33/05 h	7
6.2 Stellenplan	8
Vorlage-Nr. 33/05 i	8
6.3 Anträge der Fraktionen	9
6.3.1 Erstattungen aus den Einnahmen der Stellplatzablösebeiträge als Investitionsanreiz	9
hier: Antrag der bVb-Fraktion vom 29.9.05	9
Vorlage-Nr. 753/73 x	9

6.3.2 Mittelbereitstellung für eine Organisations- und Effizienzunter- suchung bzw. einer Arbeitsbewertungsuntersuchung zur Überprüfung der Personalsituation der Stadtverwaltung	10 10
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 29.9.05 und der CDU-Fraktion vom 4.10.05	10
Vorlage-Nr. 33/05 j und 33/05 k	10
6.3.3 Mittelbereitstellung für die Anschaffung von Software für die Kunst- und Musikschule zur Ermittlung der Kosten- und Einnahmekalkulation je Kurs und Kind	12 12 12
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 29.9.05	12
Vorlage-Nr. 33/05 l	12
6.3.4 Senkung des nicht investiven Plandefizits im Gesamtergebnis- und finanzplan für 2006 und 2007 zur Erreichung eines Haushaltsausgleichs in 2008	12 12
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 29.9.05	12
Vorlage-Nr. 33/05 m	12
7. Mitteilungen	13
7.1 Hauptausschusssitzungen	13
8. Anfragen	13
8.1 Seeweg Brühl-Heide	13
B) Nichtöffentlicher Teil	14
9. Unbefristete Niederschlagung einer Forderung	14
Vorlage-Nr. 50/05	14

**Bürgermeister Kreuzberg** eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

## A) Öffentlicher Teil

### 1. Niederschriften vom 29.8. und 19.9.05

Gegen die Fassung der Niederschriften vom 29.8. und 19.9.05 werden keine Einwände erhoben.

### 2. Satzungen

2.1 Sondersatzung gem. § 4 Abs. 5 der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen hier: Mühlenstraße zwischen Steinweg bis vor Mühlenstraße 59  
Bezug: WA 3.3.05 und Vka 10.5.05  
Vorlage-Nr. 245/79 y

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) fragt, ob der Kaufhof auch zu KAG-Beiträgen herangezogen werde.

**Beigeordneter Brandt** entgegnet, dass der Kaufhof Beiträge zahlen müsse, wenn er Anlieger sei. Er werde dies prüfen.

---

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte Sondersatzung gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 des KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen.

- einstimmig -

2.2 Satzung über die Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Besuch des Max-Ernst-Kabinetts der Stadt Brühl  
- Gebührensatzung Max-Ernst-Kabinetts  
Vorlage-Nr. 120/80 bn

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung über die Aufhebung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Besuch des Max-Ernst-Kabinetts der Stadt Brühl.

- einstimmig -

### 3. Mitteilung über weitergeleitete Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW

#### 3.1 Probleme durch einen Straßenbaum

hier: Schreiben von Frau Cäcilie Krämer, Neue Bohle 13, Brühl, vom  
19.9.05

Vorlage-Nr. 117/90 dm

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass das Schreiben an den Betriebsausschuss weitergeleitet wurde.

### 4. Anträge

#### 4.1 Graffiti-Gestaltung von Schaltschränken

hier: Antrag der bVb-Fraktion vom 29.9.05

Vorlage-Nr. 49/05

**Fraktionsvorsitzender Schmitz** (bVb) begründet den Antrag seiner Fraktion. Er erinnert daran, dass bisher ein auswärtiger Künstler gegen Entgelt mit der Gestaltung beauftragt worden sei. Er glaube, dass auch die Malschule in der Lage sei, die Arbeiten auszuführen. In einem kurzen Vorgespräch mit der Malschule habe er erfahren, dass diese gerne bereit sei, die malerische Gestaltung der Schaltkästen zu übernehmen.

**Ratsfrau Küster** (CDU) fragt, ob es sich bei den noch nicht bemalten Kästen um städtische Schaltschränke handele.

**Beigeordneter Brandt** führt aus, dass man ggf. das Einverständnis der Eigentümer einholen müsse.

Er gibt zu bedenken, dass der bisher beauftragte Künstler Erfahrungen in Sachen Graffiti gehabt habe. Ziel sei es, dem wilden Sprays entgegenzuwirken. Die Maßnahme könne bisher als erfolgreich betrachtet werden. Wenn die Kunst- und Musikschule über entsprechende Erfahrungen verfüge, werde dies sicherlich ebenso positiv angenommen werden.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) bittet die Verwaltung, die Sache behutsam anzugehen. Es gehe nicht darum, die grauen Kästen zu bemalen, sondern es müsse eine bestimmte Kunstform verwirklicht werden, die bei den Graffiti-Sprayern anerkannt sei.

**Bürgermeister Kreuzberg** dankt für den wichtigen Hinweis. Er teilt mit, dass nur noch wenige städtische Kästen frei seien. Man könne aber auch mit den Stadtwerken bezüglich deren Schaltkästen sprechen; deren Gestaltung könne dann von der Kunst- und Musikschule übernommen werden.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (bVb) berichtet, dass die Stadtwerke bereits eine grundsätzliche Genehmigung erteilt hätten. Im Übrigen seien laut Auskunft des Ordnungsamtes in den Brühler Vororten noch sehr viele städtische Schaltkästen unbemalt.

**Bürgermeister Kreuzberg** macht nochmals deutlich, dass Ziel nicht das Malen sondern das Verhindern von Schmierereien sei. Er schlägt vor, zunächst zu prüfen, wie viele Schaltkästen noch gestaltet werden könnten und die Bereitschaft und die Fähigkeit der Kunst- und Musikschule abzufragen. Anschließend könne man dann über das Projekt noch einmal sprechen.

---

Der Hauptausschuss bittet den Bürgermeister zu prüfen, ob im Rahmen der Graffiti-Prävention die Schülerinnen und Schüler der städtischen Malschule beauftragt werden können, die verbleibenden grauen Schaltschränke in der Stadt im Sinne von „Achtet auf Brühl“ zu gestalten.

- einstimmig -

## 5. Job-Ticket-Vergabe 2006

hier: Anpassung an die neuen VRS-Tarife

Bezug: HA 19.9.05

Vorlage-Nr. 118/92 q und 118/92 r

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer** (FDP) fragt, ob die in der Vorlage mit 6.500 € angegebene Reisekostensparnis realistisch sei und wie sich diese zusammensetze.

**Erster Beigeordneter Mues** erklärt, dass sich der Betrag aus der Addition der Kosten der Dienstreisen ergebe, zu denen das Job-Ticket genutzt worden sei. Der Betrag sei daher realistisch und belegbar.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) fragt zum wiederholten Male, ob auch Ratsmitglieder das Job-Ticket erwerben könnten.

**Erster Beigeordneter Mues** erwidert, dass sich an der bereits mehrfach erläuterten rechtlichen Situation nichts geändert habe. Gemäß den Tarifbestimmungen könnten nur Angestellte und Beamte der Körperschaft und der Firmen das Job-Ticket erwerben. Er regt an, dass sich die Ratsmitglieder, die in den entsprechenden Gremien vertreten seien, für eine Änderung der Tarifbestimmungen stark machen sollten.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) ist der Ansicht, dass die Ratsmitglieder die Tarifbestimmungen des VRS erfüllten, da sie keine Parlamentarier seien. Der Rat sei ein Selbstverwaltungsorgan und ein Bestandteil der Verwaltung der Stadt.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz**, H. (bVb) unterstreicht die Ausführungen und ergänzt, dass Ratsmitglieder aufgrund eines Urteils des Landgerichtes Köln Amtsträger seien und damit Mitglieder der Stadtverwaltung.

**Ratsherr Breu** befürchtet den Vorwurf der Vorteilsannahme und hält es aus diesen Gründen nicht für angebracht, dass die Ratsmitglieder ein Job-Ticket erhalten.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) bestätigt die Aussage unter diesem Aspekt. Es gehe jedoch auch darum, dass die Ratsmitglieder eine Vorbildfunktion wahrnehmen

könnten, wenn sie den ÖPNV nutzten. Es sei nicht nachzuvollziehen, dass ortsansässige Firmen für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Job-Tickets erwerben könnten, Ratsmitglieder aber nicht. Diese Sinnlosigkeit in den Tarifbestimmungen müsse beseitigt werden.

---

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, auch in 2006 die Job-Ticket-Vergabe an die Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung fortzusetzen und für den Ankauf des Job-Tickets erforderlichen Mittel in Höhe von 124.000,- € im Haushalt 2006 bereitzustellen.

- einstimmig -

## 6. Beratung des Haushaltsplanes 2005

Bezug: Rat 12.9.05 und HA 19.9.05

- Vorlage-Nr. 33/05 a -

### 6.1 Beantwortung von Fragen und 1. verwaltungsseitige Fortschreibung

Vorlage-Nr. 33/05 h

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

---

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) nimmt Bezug auf die Anfrage von Ratsfrau Schönhütte in der letzten Hauptausschusssitzung, ob die Energiekostenerhöhung in den Ansätzen bereits berücksichtigt sei.

**Stadtkämmerer Freytag** teilt mit, dass ihm keine fundierten Angaben vorliegen würden, aufgrund dessen eine Fortschreibung der derzeitigen Ansätze möglich sei.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) stellt fest, dass die Energiekostenerhöhung noch aufgeschlagen werden müsse, wenn die jetzigen Angaben auf der Basis der Vorjahresergebnisse beruhen.

Hinsichtlich des in der Vorlage angegebenen Kostenumfanges für die Sanierung am VHS-Gebäude befürchtet er, dass der Betrag in Höhe von 18.000 € für die Durchführung der Sanierungsarbeiten wohl zu niedrig angesetzt sei. Er fragt, ob man hier nicht von vornherein höhere Kosten veranschlagen müsse, um eine spätere überplanmäßige Ausgabe zu verhindern.

**Bürgermeister Kreuzberg** gibt zu bedenken, dass Herr Groetzner nur Mittel für Arbeiten beantrage, deren Durchführung für die notwendige Sanierung erforderlich sei. Es sei nicht möglich, vorsorglich Gelder für Arbeiten zu beantragen, die möglicherweise nicht notwendig seien.

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer** (FDP) nimmt Bezug auf den in der Fortschreibung zu S. 83 angegebenen Betrag in Höhe von 250.000 € für den Brandschutz in Rathaus B und fragt, ob man diesen Betrag hätte sparen können, wenn ein Aufzug im Rathaus B nicht eingebaut würde.

**Bürgermeister Kreuzberg** bestätigt, dass es einen Bestandsschutz gebe. Fraglich sei jedoch, ob man es im Notfall verantworten könne, in einem alten Gebäude, das sicherlich Defizite habe, auf den Bestandsschutz zu verweisen.

**Erster Beigeordneter Mues** führt aus, dass anlässlich einer Brandschau die derzeitige Situation von der Bauaufsicht und der Feuerwehr akzeptiert worden sei. Im Zusammenhang mit einer Ertüchtigung des Gebäudes im Sinne einer besseren Erreichbarkeit für Behinderte sei dann die Aufstellung eines Brandschutzkonzeptes gefordert worden. Dieses Gutachten verlange nun die Realisierung aller Maßnahmen des Konzeptes, also auch derjenigen, die bisher unter den Bestandsschutz gefallen seien. Das Gebäude erhalte einen Mehrwert da es im Sinne der heutigen Sicherheitsbestimmungen des Brandschutzes aufgerüstet werde. Die Erfüllung der Vorgaben sei daher auch im Sinne der Nutzer des Gebäudes angeraten, auch wenn sie nicht zwingend vorgeschrieben sei.

**Stadtkämmerer Freytag** ergänzt, dass sich die rechtlich zwingende Notwendigkeit dann ergebe, wenn man mit dem Aufzug die Barrierefreiheit des Gebäudes herstellen wolle.

**Ratsfrau Küster** (CDU) nimmt Bezug auf S. 57 der Fortschreibung. Sie stellt fest, dass weitere 4.500 € für das „Bündnis für Familien“ und damit in diesem Jahr insgesamt 7.100 € bereitgestellt worden seien. Die Bewilligung widerstrebe ihr, da das Projekt unter anderen Voraussetzungen installiert worden sei und eigentlich kostenneutral abgewickelt werden sollte.

**Stadtkämmerer Freytag** erläutert, dass es sich nicht um eine Mehrbereitstellung von Mitteln handele sondern um die Gesamtausgabe.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) verweist auf die Position „Unterhaltung Straßen“, S. 227. Der Ansatz sei für 2005 um 83.000 € gekürzt worden, sollte aber im Haushaltsjahr 2006 wieder mit dem alten Ansatz veranschlagt werden. Der Maßnahmenkatalog sehe genügend Arbeiten vor, die erledigt werden müssten.

**Stadtkämmerer Freytag** erklärt, dass es einen Maßnahmenkatalog zur Position „Deckenbaumaßnahmen“ gebe. In der Fortschreibung gehe es jedoch um die reine Straßenunterhaltung. Da man keine Haushaltsreste mehr bilde, sei der Übertrag aus dem vergangenen Jahr in 2005 lediglich aufgeschlagen worden. In Absprache mit dem zuständigen Fachbereich habe man jedoch festgestellt, dass der ursprüngliche Ansatz ausreichend gewesen sei und daher hier wieder gekürzt. Dies habe jedoch nichts mit den Deckenbaumaßnahmen zu tun.

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer** (FDP) fragt zu S. 231 „Kaiserstraße“, um welchen Bereich es sich hier handele.

**Stadtkämmerer Freytag** teilt mit, dass es sich um die Erneuerung des Bereiches Römerstraße bis Schulstraße handele.

## 6.2 Stellenplan

### Vorlage-Nr. 33/05 i

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) fragt, warum die Zahl der Beamten steige, die der Angestellten und Arbeiter aber sinke.

**Fachbereichsleiter Becke** (FB 10) teilt mit, dass im Bereich der Feuerwehr in den Jahren 2004/2005 aufgrund des Gutachtens 5 neue Stellen hätten eingerichtet werden müssen, bei denen es sich üblicherweise um Beamtenstellen gehandelt habe. Ansonsten stecke hinter dem Anstieg keine Systematik sondern Zufall.

Insgesamt könne man jedoch in der Stellenbilanz eine kontinuierliche Senkung feststellen. Die Tendenz des Stellenabbaus komme zum Ausdruck, obwohl diese noch deutlicher ausfallen würde, wenn man berücksichtigt, dass z.B. im Bereich der Kindertagesstätten über 60 zusätzliche Stellen hätten eingerichtet werden müssen, die man in anderen Bereichen wieder eingespart habe.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen** (CDU) bedankt sich für die Bereitstellung der ergänzenden Unterlagen. Er fragt zu S. 9 der Anlage zur Vorlage, ob es sich um Stellen handele, auf denen Teilzeitarbeit in Anspruch genommen werde und ob auf den Stellen der MitarbeiterInnen, die sich momentan in der Freistellungsphase befänden, neue Mitarbeiter beschäftigt seien.

**Fachbereichsleiter Becke** (FB 10) erläutert, dass im Zuge der Bewilligung der Altersteilzeit geprüft werde, ob die Stelle eingespart werden könne. Die vorliegende Tabelle liste jedoch lediglich die tatsächlichen Altersteilzeitstellen auf. Ein Strich in der Tabelle bedeute, dass sich die Mitarbeiter z.Z. in der Freistellungsphase befinden.

---

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:  
Der Rat beschließt den in der Anlage beigefügten Stellenplan 2005 mit Stellenübersicht.

- einstimmig -

## 6.3 Anträge der Fraktionen

### 6.3.1 Erstattungen aus den Einnahmen der Stellplatzablösebeiträge als Investitionsanreiz hier: Antrag der bVb-Fraktion vom 29.9.05 Vorlage-Nr. 753/73 x

**Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (bVb) betont, dass man mit dem Antrag nicht das geltende Baurecht unterlaufen wolle. Es gehe lediglich um Altbauten in der Innenstadt, die keine Möglichkeit hätten, Parkplätze nachzuweisen. Er wolle darüber hinaus darauf hinweisen, dass er in seinem Antrag zwar einen Vorschlag zur Deckung gemacht habe; die haushaltstechnische Abwicklung sei jedoch nebensächlich. Diesbezüglich könne die Verwaltung auch einen anderen Vorschlag unterbreiten.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) hält den Antrag für äußerst problematisch. Zum einen könnten Investoren, die bisher Stellplätze nachgewiesen hätten, entsprechende Erstattungen fordern; diese könne die Stadt jedoch nicht leisten. Zum anderen sei eine solche „Sondersubvention“ problematisch, die auf der Erstattung von gesetzlich vorgeschriebenen Gebühren beruhe. Von daher müsse die rechtliche Machbarkeit unbedingt seitens der Verwaltung erläutert werden.

**Beigeordneter Brandt** stellt fest, dass der Antrag rechtlich nicht auszuführen sei. Über sonstige Wirtschaftsförderungsmaßnahmen könne man sich andererseits natürlich Gedanken machen. Es dürfe jedoch keine Verbindung bestehen zu den Stellplatzablösebeiträgen.

**Ratsfrau Küster** (CDU) fragt, wie viel erhöhte Stellplatzablösebeiträge seit der Verabschiedung der Satzung gezahlt worden seien.

**Erster Beigeordneter Mues** teilt mit, dass für 13 Stellplätze innerhalb und für 1 Stellplatz außerhalb Ablösegebühren gezahlt worden seien.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz**, H. (bVb) betont nochmals, dass eine Erstattung nicht zwingend aus dem Produktbereich „Bauen und Wohnen“ erfolgen müsse. Selbstverständlich müsse die Landesbauordnung auch bei Neubauten erfüllt werden. Es gehe darum, den Leuten, die in der Innenstadt in Altbauten Einzelhandel betreiben wollten, zu helfen.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) erinnert an die Anstrengungen seiner Fraktion, hier zu einer Lösung zu kommen. Man sei sich jedoch einig, nicht mit Zuschüssen zu arbeiten, sondern eine Lösung möglicherweise über die Grundstückskosten zu erreichen. Man müsse zu einem realistischen und rechtlich sauberen Ergebnis gelangen.

**Ratsherr Breu** (SPD) macht darauf aufmerksam, dass auf breiter Ebene Zuschüsse und Subventionen abgebaut würden. Er halte es daher auch aus Gründen des Gleichheitsgrundsatzes für sehr problematisch, hier ein neues Zuschusswesen zu installieren.

**Erster Beigeordneter Mues** kann sich im Sinne einer förderlichen Innenstadtentwicklung durchaus mit dem Vorschlag der bVb-Fraktion anfreunden. Es sei möglicherweise sogar notwendig, bestimmte Bauvorhaben mit bestimmten Nutzungen über die Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Man könne eine solche Förderung auch an bestimmte Kriterien binden. Eine Aufnahme in konkrete Förderrichtlinien sei s.E. machbar. Allerdings dürfe keine Verbindung zur Landesbauordnung bestehen

**Ratsfrau Küster** (CDU) gibt zu bedenken, dass ein Investor, der sich für Brühl interessiere, sich zunächst die Satzung ansehe und bereits durch die dort genannten hohen Beträge abgeschreckt werde. Vorrangig müssten daher die hohen Ablösesummen in der Satzung gesenkt werden.

---

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der bVb-Fraktion ab.

Abstimmungsergebnis: 12 : 1

6.3.2 Mittelbereitstellung für eine Organisations- und Effizienzuntersuchung bzw. einer Arbeitsbewertungsuntersuchung zur Überprüfung der Personalsituation der Stadtverwaltung  
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 29.9.05 und der CDU-Fraktion vom 4.10.05  
Vorlage-Nr. 33/05 j und 33/05 k

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) und **stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer** (FDP) begründen ihre Anträge.

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) empfiehlt, dass Fachbereich 10 vorab unbedingt eine Leistungsanforderung erstellen und Angebote einholen müsse. Es müsse geprüft werden, wie die Untersuchung erfolge, damit sie auch etwas bringe. Natürlich handele es sich hier um einen Ansatz, wie man möglicherweise Einsparungen erzielen kann. Andererseits müsse das Ziel aber auch genau definiert werden. In diesem Zusammenhang erinnert er an das Gutachten hinsichtlich der Schulhausmeister. Man müsse sich überlegen, welche Aufgaben sich die Stadt leisten könne und welche nicht. Möglicherweise bezeichne ein Gutachten gerade die für die Stadt wichtigen Aufgaben als uneffizient. Insofern bringe es nichts, ein teures Gutachten in Auftrag zu geben, was letztendlich zu nichts führe.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (bVb) spricht sich dringend für die Beauftragung einer Firma aus, die sich mit den Abläufen in einer Verwaltung auskennt. Er fragt, ob es mittlerweile Fachfirmen gebe, die sich hierauf spezialisiert hätten.

**Bürgermeister Kreuzberg** berichtet, dass es solche Fachfirmen gebe; im Übrigen bestünden mittlerweile bei allen anderen Firmen entsprechend spezialisierte Abteilungen. Es gebe auf jeden Fall ausreichend Anbieter.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) kann einer Organisationsuntersuchung der Stadtverwaltung ebenfalls zustimmen unter der Voraussetzung, dass vorher ein Pflichtenheft zusammengestellt und mit den Fraktionen abgestimmt wird.

**Bürgermeister Kreuzberg** betont, dass ihm in dieser Sache wichtig sei, den größtmöglichen Konsens zu erzielen. Er sichere daher auf jeden Fall eine erneute Befassung des Hauptausschusses mit der Thematik vor Auftragsvergabe zu.

**Ratsherr Hosmann** (CDU) bittet, festzuhalten, dass auch die spätere Umsetzung extern begleitet werden muss. Häufig würden gutachterlich lediglich Empfehlungen ausgesprochen, dessen Umsetzung dann innerbetrieblich nicht funktioniere.

**Ratsherr Breu** (SPD) hält eine Bereitstellung der Mittel in 2005 für nicht mehr erforderlich, da die Erstellung eines Leistungsverzeichnisses mit einem erheblichen Aufwand verbunden sei, der s.E. in diesem Jahr nicht mehr bewältigt werden könne. Die Maßnahme dürfe nicht „über's Knie“ gebrochen sondern es müssten unbedingt fundierte Grundlagen erarbeitet werden.

**Bürgermeister Kreuzberg** erwidert, dass es diesbezüglich Mustertexte gebe und man die Maßnahme zügig angehen solle. Er gehe von einer Beratung in der nächsten Hauptausschusssitzung aus. Stelle man die Mittel erst im Haushaltsplan 2006 bereit, werde die Sache unnötig verzögert.

---

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die Bereitstellung von 50.000 € im Haushalt 2005, um damit die Anfinanzierung einer Organisations-, Arbeitsbewertungs- und Effizienzuntersuchung der Verwaltung der Stadt Brühl durch ein externes Unternehmen zur Überprüfung der Personalsituation noch im laufenden Jahr zu gewährleisten.

- einstimmig -

**6.3.3 Mittelbereitstellung für die Anschaffung von Software für die Kunst- und Musikschule zur Ermittlung der Kosten- und Einnahmekalkulation je Kurs und Kind  
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 29.9.05  
Vorlage-Nr. 33/05 I**

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer** (FDP) begründet den Antrag ihrer Fraktion, stellt jedoch ausdrücklich fest, dass sich der Antrag erübrige, falls eine Kosten- und Einnahmekalkulation je Kurs und Kind bereits heute bewerkstelligt werden könne.

**Stadtkämmerer Freytag** bestätigt, dass die vorhandene Software eine solche Kalkulation erstellen könne. Problematisch sei jedoch die Zuordnung, so dass seine Aussage, dass es sich um ein sehr aufwendiges Verfahren handele, durchaus zutreffe. Er werde jedoch in der nächsten Hauptausschusssitzung eine entsprechende Darstellung vorlegen. Dann könne man entscheiden, ob man in 2006 eine Buchung auf dieser Basis vornehme.

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer** (FDP) zieht aufgrund dieser Aussage den Antrag ihrer Fraktion zurück.

**6.3.4 Senkung des nicht investiven Plandefizits im Gesamtergebnis- und finanzplan für 2006 und 2007 zur Erreichung eines Haushaltsausgleichs in 2008  
hier: Antrag der FDP-Fraktion vom 29.9.05  
Vorlage-Nr. 33/05 m**

**Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brämer** (FDP) begründet den Antrag ihrer Fraktion.

**Bürgermeister Kreuzberg** unterstützt das Anliegen und erinnert daran, dass er in den letzten Jahren stets vorgeschlagen habe, diesbezüglich eine Grundsatzdiskussion zu führen, konkrete Einsparungen zu beraten und möglichst gemeinsam notwendige Aufgaben festzulegen. Er appelliere daher nochmals an die Fraktionen, nach der Verabschiedung des Haushaltsplanes 2005 konsequente Haushaltsgespräche für das kommende Jahr zu führen, an denen er sich gerne beteilige.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) hält es für sinnvoller, den Antrag als allgemeine Arbeitsverpflichtung zu betrachten. Man müsse gemeinsame Positionen finden, von denen man sich möglicherweise verabschieden könne.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (bVb) unterstützt grundsätzlich den Einsparwillen der FDP-Fraktion, obwohl er es für verwegen halte, konkrete Summen

zu nennen. S. E. seien die Fraktionen aufgefordert, Beratungen zu führen und Einsparvorschläge gemeinsam zu erarbeiten.

**Bürgermeister Kreuzberg** schlägt vor, dass die Fraktionen die beiden Termine für die ursprünglich geplanten Hauptausschusssitzungen am 7. und 14. November 05 für die von ihm vorgeschlagenen Beratungen nutzen.

## **7. Mitteilungen**

### **7.1 Hauptausschusssitzungen**

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass die Sitzungen am 7. und 14. November 05 entfallen könnten, da keine Haushaltsberatungen stattfänden. Der Termin für die Hauptausschusssitzung am 21. November 2005 bleibe jedoch bestehen. Er wiederholt seine Aufforderung, dass an diesen Tagen stattdessen Fraktionssitzungen mit der Beratung über Einsparpositionen stattfinden könnten.

## **8. Anfragen**

### **8.1 Seeweg Brühl-Heide**

**Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) weist darauf hin, dass der Seeweg in Brühl-Heide dringend saniert werden müsse.

**Bürgermeister Kreuzberg** sagt schriftliche Beantwortung zu.